

es Sachzwangs liegt in der Logik realistisch — fordert das Unvergängliche. Wenn wir in der Vergangenheit den herrschenden Zugeständnissen abnehmen, dann nicht durch Anpassungen durch Gegenpolarisierung ins Getriebe der herrschenden Tendenzen zu wollen, mag heute als gelten. Sich lang zu machen, Angstschaltung zu berühren, gilt über als zeitgemäß. Schlimm doch, wenn die Aufgabe jeder politischen Politik unter dem Etikett des „Realpolitik“ firmiert. Das ist der Widerstand gegen Großdeutschland nicht minder wie für den Widerstand gegen AKWs. Und dennoch noch einen Unterschied: Das ist das Volk, das andere will es

Menschen das doch!

die Lähmung der BRD-Linken ist wirkungsvollste, zugleich aber eine Sachzwang-Argument bestreitet. Verweis, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Wiedervereinigung will.

mensch sich als Linker gegen das zumal gegen das der DDR stellen. Deutschen ein Recht auf „nationalen Selbstbestimmung“ absprechen? Niemals! Es ist doch grundsätzlich eine schlimme Zeitgeist-Marotte, das „Volk“ idealisiert und die Interessen innerhalb desselben vertreten werden. (Zur Erinnerung: 1975 der Bauplatz in Wyhl besetzt, nachdem per Bürgerentscheid die Mehrheit das AKW ausgesprochen hatte.) Kein Vertrauen verdient, speziell „nationalen“ Fragen freilich das Deutschen, das sich als Mitverlierer und Mittäter am Holocaust bis überwiegend weigert, hierüber nur zu trauern. Vermutlich ist die Art der deutschen Verbrechen nirgendwo in Europa so gründlich verdrängt als der Bevölkerung beider deutscher Nationen. Angesichts jener Vergangenheit sieht es geradezu absurd, sich mit Argument selbstberuhigen zu wollen, nicht nur der Imperialismus, sondern vielfach auch die „Massen“ auf Deutschland abfahren. Dies macht die Auseinandersetzung mit den Widerständen der Andersdenkenden nur noch notwendiger. Wie viel wie wenig darüberhinaus die Wiedervereinigung mit „Selbstbestimmung“ in hat, ist in den letzten Monaten deutlich geworden. Ein „nationaler“ Selbstbestimmungsrecht der Deutschen anzuerkennen, hieße, eine zentrale Parole des BRD-Imperialismus zu übernehmen und gegen seine früheren künftigen Opfer in Anschlag zu bringen. In bestimmten Fragen: Großdeutschland, deutsche Atomwaffen etc. pp. muß die Meinung der ehemaligen ZI-Gegner auch heute noch wichtiger sein, als die der Deutschen.

Ein schwarz-rot-goldener Schatten am Rande des Grünen-Parteitages

von Yaron Matras

Der rüstungspolitische Experte der Grünen verlas sein Referat geflissentlich weiter, während mehr als zweihundert Roma — junge Männer, einige Frauen und Kinder — den Tagungssaal des Grünen-Parteitages in Hagen betrat und die Bühne besetzten. Erst als mit den Rufen „Rudko, Rudko!“ ein neuer Rhythmus in den Raum kam und die Verwirrung unter den Vorstandsmitgliedern am gedeckten Promi-Tisch nicht mehr zu übersehen war, unterbrach er seine monotone Rede. Rudko Kawczynski, Spitzenkandidat der Grünen für die letzte Europawahl und Sprecher der Roma-Verbände, war nicht nach Hagen gekommen, um allein für das Bleiberecht seiner Volksgruppe zu demonstrieren: Fünfzehn Minuten lang waren es diesmal die Grünen selbst, die auf ihrem eigenen Parteitag auf der Anklagebank saßen.

„Der Rom hat seine Schuldigkeit getan“, so empfinden Kawczynski und seine Freunde, die sich seit einem Jahr für ein Bleiberecht der von der Abschiebung bedrohten, heimatlosen Roma einsetzen, den Umgang der Grünen mit der Kandidatur und mit ihrem Anliegen. Die Wahlversprechungen der Partei — bis zu den Europawahlen im Juni hieß es: „Mut zur multikulturellen Gesellschaft!“ — halten sie im Nachhinein für plakative Lippenbekanntnisse, ja sogar für einen Mißbrauch der Notlage der ethnischen Minderheiten für eigene politische Zwecke. Denn dem Aufruf folgten keine Taten.

Selbst dem Vertrag mit ihrem Spitzenkandidaten — einem Staatenlosen, der von vornherein nicht in das Parlament hineingewählt werden konnte — schenkten die Parteigremien nach den Wahlen nur minimale, bürokratische Aufmerksamkeit. Während die Partei-Beschlüsse vom letzten Jahr verkündeten: „(...) er ist kein symbolischer Kandidat, sondern stimmberechtigtes Fraktionsmitglied, den Abgeordneten politisch und materiell gleichgestellt“, wurde später aus dem Konsens um die politische Mandatierung ein Streit um die finanzielle Verantwortung. Weder ein Büro, noch Mitarbeiterstellen, noch ein sonstiger Zugang zum Partei-Instrumentarium wurde dem Teil der Basis zugesichert, für den Kawczynski auftaute. Der Spitzenkandidatenvertrag wurde einseitig und ohne Begründung aufgekündigt, statt dessen wurde Kawczynski eine Mitarbeiterstelle bei der Europa-Gruppe in Brüssel angeboten, wo sich jedoch der Staatenlose ohne Visum nicht aufhalten darf. Nimmt er eine Arbeit im EG-Ausland an, verliert er wiederum seinen Aufenthaltsstatus in der BRD.

Aber über die praktischen Probleme, mit denen ethnische Minderheiten im ver-

einigten „Europa der Konzerne“ konfrontiert werden, scheinen sich die Grünen ebensowenig Gedanken gemacht zu haben, wie über die Umsetzung ihrer Absichtserklärung, mit den Roma eine politische Partnerschaft einzugehen. Die Parole „offene Grenzen“, mit der die deutsche Öko-Partei hausieren gegangen war, kann vielleicht jetzt im Sinne des neuen Nationaltages, des 9. November, deutsch-deutsch uminterpretiert werden. Doch zwischen Mehrheit und Minderheit, zwischen einheimischen „Helfern“ und eingewanderten „Patienten“ machte sich in der Hagener Stadthalle eine ganz tiefe Kluft deutlich: Während zwei türkische Delegierte den Roma applaudierten, löste sich unter den Mehrheits-Alternativen allgemeine Empörung aus.

Die wenigen Zeichen von Sympathie wurden übertönt von Rufen wie „der Sippenchef hält eine Personality-Show“ und „es sind nur die Männer da; ihre Frauen sperren sie zuhause ein“. Und trotzdem war es der Parteitag der Grünen. Mit ihrem Plakat „grün-gestrichener Rassismus“ hatten also die Roma nicht ganz daneben getroffen. Erst wenige Tage vor dem Spektakel in Hagen stimmten die Grünen-Abgeordneten in Bremerhaven — zusammen mit den anderen Fraktionen, allen voran die DVU — für die Abschiebung einer Roma-Familie.

„Ich war zum Spitzenidioten nominiert und allmählich in die Rolle des bettelnden Zigeuners eingewiesen worden; ich bin vielleicht blöd, aber ich lasse mich nicht kaufen“, erklärte Rudko Kawczynski und verließ mit seinen Freunden wieder den Saal. Nach wenigen Minuten war grüne Ordnung wieder hergestellt. Während die schwarzköpfigen „Fremdlinge“ abzogen, begrüßte der Vorstand — unter heftigem, begeistertem Beifall aller Delegierten — drei Gäste aus der DDR, und volksgrüne wurde die Rüstungsdebatte planmäßig fortgesetzt. Keiner protestierte, keiner fragte nach einer Erklärung, keiner unternahm den Versuch, mit den Roma draußen vor dem Sitzungssaal zu sprechen. Ein hundertprozentiger Stamm alternativer Mitläufer gerade auf dem vorgesehenen Spaltungskongress: Nirgends scheint die Einigkeit der deutschen Gesellschaft so gewährt zu sein, wie bei der Herausforderung durch außenstehende Fremde.

Anmerkung der Redaktion:
Wir haben versucht von den GRÜNEN eine Stellungnahme einzuhören, die leider zu dem Vorgang bisher nicht vorliegt.